

PRESSEMITTEILUNG

31.05.2016

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR – GRATIS-KULTUR IST DER FALSCHER WEG!

„Die rot-grünen Phantasien eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind absurd und abenteuerlich!“, kommentiert der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion, **Felix Blaschzyk**, die nebulösen Forderungen von SPD und Grünen, in ihren jeweiligen Wahlprogrammen, und fügt hinzu: „Es ist schon grotesk, dass SPD und Grüne seit Jahren die Preisschraube im hannoverschen ÖPNV nach oben drehen und nun laut nach ‚Freibier für alle‘ rufen!“

„Eine Gratis-Kultur ist in jedem Fall der falsche Weg für einen attraktiven, zukunftsfähigen und finanzierbaren ÖPNV“, erklärt **Blaschzyk** und führt weiter aus: „Das Konzept ist in einigen Städten bereits getestet worden und überall gescheitert. So hat die estnische Hauptstadt Tallin (450.000 Einwohner) die Freifahrt im ÖPNV im Jahr 2012 nach nur einem Jahr wieder eingestellt. Weitere bekannte Beispiele sind die Städte Seattle und Portland in den USA. Die Gründe für das Scheitern waren stets die gleichen: maßlos überfüllte öffentliche Verkehrsmittel und erhebliche Finanzierungslücken.“

Blaschzyk ergänzt: „Die CDU-Ratsfraktion hat eine andere Vorstellung der Zukunft des ÖPNV in Hannover. Wir brauchen keine Luftschlösser, sondern konkrete Ideen, wie wir die Nutzung von Bussen und Bahnen attraktiver machen können. Dazu gehört für uns zum Beispiel gratis WLAN in Bussen und Bahnen, höhere Taktzeiten bei Buslinien – gerade auch in Randlagen der Stadt –, saubere Haltestellen sowie ein flexibleres Preismodell. Denkbar sind auch sog. Bonusmodelle für Vielfahrer. Tagestickets für fünf Euro sind jedenfalls wenig attraktiv und die Zonenregelung ist nicht immer verständlich.“

„Zu den Berufspendelzeiten sind die Busse und Bahnen bereits heute gut ausgelastet bis überfüllt. Die Folge eines kostenlosen ÖPNV wäre ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen Linien bei Bussen und Bahnen. Das ist absolut unfinanzierbar!“, mahnt **Blaschzyk** weiter.

„Ein kostenloser ÖPNV führt aber auch zu sozialer Ungerechtigkeit. Zum einen würde jeder Bürger der Region mit einer Zwangssteuer belegt, auch wenn er etwa aus beruflichen Gründen gar nicht auf die Nutzung von Bussen und Bahnen im Stadtgebiet angewiesen ist und stattdessen mit der Deutschen Bahn oder dem Auto pendeln muss. Das sollen SPD und Grüne zum Beispiel mal Geringverdienern und jungen Familien erklären, für die heute bereits erhebliche finanzielle Herausforderungen bestehen!“, ärgert sich **Blaschzyk** und ergänzt: „Des Weiteren sind es oft die guten Wohnlagen, die über eine gute Anbindung an das ÖPNV-Netz verfügen. In diesen zentralen Wohnlagen steigen die Mieten und Kaufpreise bereits seit Jahren überdurchschnittlich stark. Ein kostenloser ÖPNV würde diese Wohnlagen noch attraktiver machen, den Preisanstieg weiter befördern und eine soziale Ungleichheit der Quartiere erzeugen“, so **Blaschzyk** und ergänzt abschließend: „Das kann nicht das Ziel moderner Stadtentwicklung sein! Die Forderung von SPD und Grünen grenzt letztlich an Wahlbetrug. Dass in die Wahlprogramme eine Forderung aufgenommen wird, welche wohlwissend nie realistisch umgesetzt werden kann, ist eine Bankrotterklärung!“

